

**Ausgabe
4/06**

**Mittwoch
25. Jan. 2006**

Einzelpreis € 1,50

Postvertriebsstück
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt - K 2816
Zahnärztlicher Fach-Verlag
Postfach 10 18 68 - 41608 Herne

www.dzw.de

Die Zahnarzt Woche **DZW**

Unabhängige Wochenzeitung für Zahnarzt und Dentalmarkt

Die Woche im Blick

„Für zu viel Bürokratie
tragen die KVen die
Schuld“ 2

„Stoppt Schmidts
sozialistisches
Gesundheitssystem“ 3

Schlechte Noten für
Gesundheitspolitik 3

Fehler und Risiken im
Arbeitsrecht lassen
sich vermeiden 7

Entscheidungen „im
Dreieck“ 8

Seit zehn Jahren
der Favorit der
Zahnärzte 10

Mehr als 20.000 Teilnehmer beim
Ärzte-Protesttag in Berlin – Solidaritäts-
bekundungen der Zahnärzte:

„Erst stirbt die Praxis – dann der Patient“

„Das ist erst der Anfang“ prophezeite der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, den Gesundheitspolitikern aller Parteien beim ersten bundesweiten Aktionstag der Ärzte am Mittwoch vorvergangener Woche in Berlin. Zu der zentralen Protestveranstaltung waren mehr als 20.000 Ärzte – erwartet worden waren nur 5.000 – in die Bundeshauptstadt gekommen, um gegen sinkende Einkommen und die ausufernde Bürokratie in den Praxen zu protestieren. Mehr als 50 Prozent der Praxen blieben in vielen Regionen geschlossen. Auch die Zahnärzte bekundeten (siehe eigenen Beitrag auf Seite 3) „ihre Solidarität mit den Ärzten“.

„Diagnostiziert haben wir lange genug“, rief der Präsident der BÄK, Hoppe, der Menge in Berlin zu, „ab heute wird therapiert“. Denn

Bereits am Montag hatte Gesundheitsministerin Ulla Schmidt die Prognose, dass bis zu 30 Prozent der Arztpraxen vor der Pleite

BZÄK wappnet sich für den Gleichung soll verhindert werden

Am besten belassen, w

Als wichtigen Schritt auf dem „Marsch zur Sicherung“ – so sieht es der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Dr. Jürgen Hoppe, dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) gegenüber. Ein Jahr die Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) Bema zu einem gemeinsamen Leistungsverzeichnis (siehe Bericht DZW 03/06 Seite 10).

Politisch beruft sich das Ministerium dabei auf angebliche Vereinbarungen mit der Union im Koalitionsvertrag, die „Leistungsverzeichnisse für ambulante Leistungen im Bereich privater und gesetzlicher Versicherter vereinheitlichen zu wollen“.

Einflussnahme nur